



NEUE REPUBLIK

www.rep.de | Politik – Wirtschaft – Soziales | Parteizeitung der REPUBLIKANER | Ausgabe Juni 2009 (Nr. 06/09)

Teure Staatswirtschaft:



Auf dem Weg in den „VEB Deutschland“

Deutschland AG – so beschrieb man einmal das deutsche Modell der verflochtenen sozialen Marktwirtschaft. Inzwischen muß man wohl vom „VEB Deutschland“ sprechen: Verstaatlichte Banken, Staatsbeteiligungen an Industrieunternehmen – soviel Staatswirtschaft war nie.

Die angebliche „Opel-Rettung“ ist ein Wendepunkt. Milliarden an Staatsbürgschaften werden, höchstwahrscheinlich, in den Sand gesetzt. Denn die Opel-Übernehmer, der kanadisch-österreichische Autozulieferer Magna und die russische Sberbank, haben selbst kein Geld. Sie sind nicht an deutschen Arbeitsplätzen interessiert, sondern an deutscher Technologie. Was sie investieren, wollen sie vom deutschen Steuerzahler haben. Geht es schief, ist das Geld weg.

Die schwarz-rote „Rettung“ von Opel bedeutet: Die amerikanische

und die russische Regierung, die die Sberbank stützt, sitzen mit am Tisch, der deutsche Steuerzahler haftet. Spätere Insolvenz trotz allem nicht ausgeschlossen. Oder hat man Holzmann schon vergessen, den Baukonzern, der von Schröder „gerettet“ wurde und kurz darauf doch pleite war?

Der Opel-Deal war die schlechteste und teuerste aller möglichen Lösungen. Nur damit sich die große Koalition als „Arbeitsplatz-Retter“ profilieren kann, wird ein unter anderen Umständen sanierungsfähiges

Unternehmen in eine Konstruktion gepreßt, die nicht funktionieren kann.

Für solche fragwürdigen Rettungsaktionen wird die Staatsverschuldung weiter aufgebläht. Die Zeche bezahlen wir alle. Macht die Bundesregierung in diesem Tempowahl nicht nur die nachgeholte Insolvenz für Opel, ganz Deutschland könnte in die Finanzklemme geraten. Die große Koalition hat jetzt schon abgewirtschaftet.

DEUTSCHLAND

Verklemmtes Jubiläum

„60 Jahre Deutschland“ – so oder ähnlich war es landauf, landab zum 60. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes zu hören. Moment mal? Deutschland gibt es seit über tausend Jahren.



Der Neuanfang 1949 war eben keine „Staatsgründung“, wie es die Jubiläums-Internetseite der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung (oder besser Unbildung) in unübertrefflicher Ignoranz behaupten. Es ist kein neuer Staat „Bundesrepublik Deutschland“ entstanden, sondern der deutsche Staat, der aus dem Norddeutschen Bund von 1867 hervorgegangen war und zwei Weltkriege überstand, hat sich in dem Teil, in dem dies möglich war, reorganisiert. Die staatliche Kontinuität haben sowohl die Väter des Grundgesetzes als auch mehrfach das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich betont. Diese Kontinuität war die Grundlage der Wiedervereinigung.

In einem Staat, der seine Geschichte nicht kennt, werden auch Jubiläen heruntergeleiert, als gäbe es kein Gestern und Morgen. Die Jubiläumsfeier in Berlin war verklemmt und peinlich. **Kein** würdiger Moment, **kein** Anzeichen staatlichen Selbstbewußtseins, **nicht einmal** eine Militärparade, wie sie in jeder Demokratie selbstverständlich wäre. Statt dessen Bier und Würstchen, Spaß und protziges Sich-selbst-auf-die-Schulter-Klopfen. Und die Macher waren auch noch stolz darauf.

Deutlicher hätte man nicht zeigen können, daß Deutschland erneuert werden muß. Deutschland muß ein Staat werden, der seine Traditionen und Geschichte kennt, die hellen und die dunklen Seiten, eine Nation, die daraus das Selbstbewußtsein und die Identität schöpft, um die Zukunft zu bewältigen. Deutschland muß eine neue Republik werden. Und dazu wollen wir beitragen.

Ungleiche Europawahlen

Das ist nicht die einzige undemokratische Ungleichheit. Noch absurder ist die deutsche Fünf-Prozent-Hürde. Bei Bundes- und Landtagswahlen wird sie damit begründet, daß die Zersplitterung der Parlamente vermieden werden soll, um stabile Regierungen bilden zu können.

Das Europäische Parlament aber bildet keine Regierung und mit oder ohne deutsche Fünf-Prozent-Hürde sind in ihm bis zu 180 Parteien vertreten. So hat die Zugangsbeschränkung vor allem den Effekt, daß eine deutsche Partei, um den Einzug zu schaffen, ebenso viele Wählerstimmen braucht, wie die vier EU-Vollmitglieder Zypern, Malta, Estland und Slowenien zusammen haben, um damit 24 Abgeordnete nach Brüssel zu schicken.

Fazit: Die Fünf-Prozent-Hürde bei Europawahlen ist undemokratischer Unfug, der vor allem der Abschottung der politischen Klasse von den Wählern dient. Sie ist demokratisch nicht haltbar. Eine Wahlanfechtung, meint der Parteienkritiker Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, hätte deshalb durchaus Aussicht auf Erfolg.



Jeder Wähler eine Stimme – bei den Europawahlen gilt das nicht. Die Stimme eines luxemburgischen Wählers wiegt etwa zehnmal stärker als die eines deutschen. Denn ein deutscher Abgeordneter vertritt zehnmal mehr Wähler als einer aus Luxemburg.



Europaparlament

Die grüne Gefahr



Eigentlich weiß Wolfgang Schäuble ja Bescheid. Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts für 2008 ließ der Bundesinnenminister keinen Zweifel daran, daß der Islamismus für Deutschland die größte extremistische Gefahr darstellt.

Deutschland stehe im Fadenkreuz islamistischer Fanatiker, die Gefahr eines Terroranschlags wachse weiter. Es gebe hierzulande ein erhebliches Personenpotential, dem man nach entsprechender Rekrutierung und Radikalisierung durch islamistische Fanatiker die Bereitschaft und Fähigkeit zu terroristischen Anschlägen zutrauen könne.

Und: „Diejenigen islamistischen Gruppierungen in Deutschland, die sich als Interessenvertretungen großer Teile der hier lebenden über drei Millionen Muslime sehen“,

wollten nach wie vor durch politische Einflußnahme und gezielte Öffentlichkeitsarbeit ihren Anhängern Freiräume für ein schariakonformes Leben schaffen.

Wie gesagt, eigentlich weiß Wolfgang Schäuble Bescheid. Fragt sich nur: Warum wertet er diese Leute mit seiner „Islamkonferenz“ auch noch auf, statt sie zu bekämpfen? Und warum sorgt er nicht dafür, daß potentielle Terroristen nach Hause geschickt und nicht mehr ins Land gelassen werden?

JUSTIZ

Kampfansage ans Grundgesetz

Wer schützt unsere Verfassung vor der Bundesjustizministerin? Brigitte Zypries droht zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes mit weitreichenden Manipulationen: Die „Homo-Ehe“ soll neben der Ehe von der Verfassung geschützt und die „fragwürdige Differenzierung zwischen Deutschen und Ausländern im Grundrechtsteil“ soll endlich verschwinden.

Damit legt Zypries die Axt an die Wurzel unserer Verfassung. Die Unterscheidung zwischen den „Deutschenrechten“, den politischen Bürgerrechten also, und den allgemeinen Menschenrechten ist nämlich keine Willkür, sie definieren die Rechte des Volkes als Souverän unserer Demokratie. **Wenn Frau Zypries den Geltungsbereich dieser Rechte willkürlich erweitert, wechselt sie den Souverän aus – das ist kein „Symbol der Integration“, das kommt einem Putsch gleich.**

Und die Ehe steht nicht, wie Frau Zypries wohl vermutet, aus Anerkennung und Respekt vor dem persönlichen Glück der Ehepartner unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung, sondern um die Familie als freien Ort der Aufzucht und Erziehung von Kindern zu schützen. Was das mit gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften zu tun haben soll, bleibt das Geheimnis von Frau Zypries.

Wer so mit den Grundlagen unserer Demokratie herumfuhrwerk, hat im Amt des Justizministers jedenfalls nichts verloren.



Brigitte Zypries
Justizministerin

Integrationslüge geplatzt

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung redet sich die Lage schön, ein führender türkischer Lobbyist will von „Integration“ gar nichts mehr wissen. Die Integrationslüge ist geplatzt.

CDU-Politikerin Maria Böhmer klammert sich in ihrem „Integrationsbericht“ verzweifelt an minimale Verbesserungen. Statt 17,5 Prozent wie 2005 verließen 2007 „nur noch“ 16 Prozent der ausländischen Jugendlichen die Schule ohne Abschluß. Der Anteil liegt aber immer noch mehr als doppelt so hoch als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung – 7,3 Prozent. Die Arbeitslosenquote von Ausländern ist mit über zwanzig Prozent dafür immer noch doppelt so hoch wie die der Gesamtbevölkerung. 21,1 Prozent der Ausländer beziehen „Mindestsicherungsleistungen“ (Hartz IV, Sozialhilfe, Geld für Asylbewerber). Im Bevölkerungsdurchschnitt sind es nur 9,5 Prozent.

Gar nicht gern sprach Böhmer bei Vorstellung des Berichts von der Ausländerkriminalität, die in ihrem Bericht ebenfalls dokumentiert ist. 2007 hatten Zuwanderer mit 5,4 Prozent eine doppelt so hohe Kriminalitätsquote wie die Gesamtbevölkerung. Bei ausländischen Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren betrug der Anteil sogar zwölf Prozent (Gesamtbevölkerung 7,8 Prozent).

Kenan Kolat, Vorsitzender der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“, will das Wort „Integration“ ganz streichen, weil es von den „Migranten“ nicht akzeptiert werde, und fordert statt dessen „Partizipation“ und gleiche Rechte ohne Voraussetzungen. Kolat klagt, daß



die Einbürgerungen zurückgehen, weil die Sicherung des Lebensunterhalts stärker kontrolliert werde und weil die doppelte Staatsbürgerschaft noch immer nicht generell zugelassen sei. Klar – das nimmt ihm die Möglichkeit, sich über seine Klientel noch stärker einzumischen.

Die Republikaner halten dem entgegen: Integration geht nur durch Assimilation. Nur wer sich anpaßt, kann dauerhaft einen Platz in unserem Land finden. Integrationspolitik ohne klare Vorgaben und Forderungen an Zuwanderer ist dagegen zum Scheitern verurteilt.

Jusos beleidigen Vertriebene

Beim Hetzen kennen die Jungsozialisten keine Grenzen. In einem Antrag zum diesjährigen Bundeskongreß des SPD-Nachwuchses bezeichneten die Berliner Jusos den Bund der Vertriebenen (BdV) als „NS-Hilfsorganisation“.

Die Infamie zeugt zunächst von maßloser Dummheit – schließlich wurde der BdV erst 1958 gegründet und hat mit der NS-Diktatur nichts zu tun. Ähnlich niederträchtig benehmen sich die niedersächsischen Grünen, die vor dem Schlesiertag in Hannover ein „Bekanntnis zur Versöhnung“ von der Schlesischen Landsmannschaft fordern.

Andernfalls dürfe CDU-Ministerpräsident Wulff dort nicht auftreten. Der hatte schon vor zwei Jahren im Vorfeld seines Grußwortes die Schlesier mit demütigenden Zensurmaßnahmen schikaniert.

Anders als die Diffamierer und Volksverhetzer bei Jusos und Grünen haben die deutschen Heimatvertriebenen mit ihrer Charta von 1950 schon lange die Versöhnung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt. Einigen Unionspolitikern boten die primitiven rot-grünen Angriffe auf die Vertriebenen Gelegenheit zu wohlfeilen Solidaritätserklärungen. Besser wäre, die Union würde die deutschen Heimatvertriebenen nicht länger am politischen Katzentisch sitzen lassen.

Mehr Zensur wagen

Der Verdacht stand von Anfang an im Raum: Bei Familienministerin von der Leyens Gesetz geht es gar nicht in erster Linie um die Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet. Sondern über kurz oder lang um die Schaffung neuer Zensurmöglichkeiten.

Wollte man nur Kinderpornographie bekämpfen, könnte man die erkannten Schmutzseiten ja einfach abschalten lassen, statt Besucher

dieser Seiten auf eine „Sperrseite“ umzuleiten, wo sie dann registriert werden, egal ob sie absichtlich hingeführt sind oder mit einem Link

Kommt die Visumfreiheit für Türken?

Vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) droht wieder Ungemach: Lastwagenfahrer aus der Türkei brauchen kein Visum mehr, wenn sie als „Dienstleister“ einreisen. Juristen schließen daraus, daß die Visumfreiheit analog für alle türkischen Dienstleister gilt, aber auch für jeden Türken, der in Deutschland Dienstleistungen in Anspruch nehmen will.

Das heißt, wer in Deutschland einkaufen oder zum Friseur gehen will, kann ohne Visum einreisen. Die Visumpflicht für türkische Staatsbürger, die 1980 wegen des sprunghaften Anstiegs der Asylbewerberzahlen aus der Türkei eingeführt wurde, wäre damit faktisch abgeschafft.

Innenminister Wolfgang Schäuble weicht schon zurück: Wer als Handwerker, Monteur oder im Güter- und Personenverkehr kommt, soll künftig auch kein Visum mehr brauchen. Zwar hat die deutsche Botschaft in Ankara inzwischen klargestellt, daß Türken auch ohne Visum bei der Einreise „aussagekräftige Unterlagen“ bei sich haben müßten. Doch vor deutschen Gerichten ergehen unter Berufung auf den EuGH bereits Grundsatzurteile im Sinne der Bestätigung der Visumfreiheit.

Die Republikaner fordern die Bundesregierung auf, die Visumpflicht für türkische Staatsbürger auf eine solide rechtliche Grundlage zu stellen. Völlige Reisefreiheit für Türken in Europa könnte unser Land nicht verkraften.

hereingelegt wurden. Selbst Opfer von Kinderpornographie, die etwas von modernen Medien verstehen, wehren sich gegen das verfehlete „Zensursula“-Gesetz. Eine Bundestags-Petition im Internet hat binnen weniger Wochen über 115.000 Mitzeichner gefunden.

Den Verdacht bestätigt der SPD-„Innenexperte“ Dieter Wiefelspütz, der sich neulich wohl verplappert hat. „Mittel- und längerfristig“ könne er sich auch vorstellen, Seiten „mit verfassungsfeindlichen oder

islamistischen Inhalten“ zu blockieren. Das dementierte er zwar wenig später, es gehe ihm nur um „kriminelle Vorgänge“, nicht um Zensur.

Aber die Katze ist aus dem Sack. Unions-Fraktionsvize Bosbach wiegelte ab: Man solle sich „erstmal nur mit dem Thema Kinderpornographie“ befassen.

Und später? Chinesische Verhältnisse sind vielleicht weniger weit entfernt als man denkt.

Toxische Staatsausgaben

Politiker haben die globale Wirtschafts- und Finanzkrise verursacht, und mit untauglichen Versuchen, sie zu bekämpfen, sind sie drauf und dran, weiteres Unheil anzurichten: So sieht es der Bund der Steuerzahler (BdSt) in seinem „Bad Book“.

Nicht gierige Manager und zockende Banker allein haben die Finanzkrise ausgelöst, sondern ebenso amerikanische Politiker, die mit niedrigen Zinsen zur Kreditparty für jedermann ermunterten, um einen Wirtschaftsaufschwung auf Pump zu erzwingen.

Das Mittel dazu waren die staatlich kontrollierten Immobilien-Großbanken. In Deutschland sind die Bundesinstitute IKB und KfW und die Landesbanken zusammengenommen für fast zwei Drittel der hiesigen Verluste aus der Finanzkrise verantwortlich.

In den Aufsichts- und Verwaltungsräten der Landesbanken sitzen Landespolitiker, die vor allem „Rendite sehen“ wollen. Das trieb die Institute immer mehr auf die internationalen Finanzmärkte, wo sie sich besonders gern mit amerikanischen Schrottpapieren eindeckten.

Auch Städte und Gemeinden verhoben sich reihenweise an komplizierten Swap-Geschäften zur Zinsabsicherung und setzten mit „Cross Border Leasing“ (CBL) schlimmstenfalls bis zu 30 Milliarden Euro in den Sand.

Weitere Verschwendung droht bei der Bekämpfung der Krise durch die Umsetzung der 80 Milliarden Euro schweren und fast gänzlich schuldenfinanzierten „Konjunkturpakete“, mit denen die Pro-Kopf-Verschuldung eines jeden Einwohners um über tausend Euro ansteigt. Und das nicht nur durch die „Abwrackprämie“. Der Bund genehmigt sich Konjunkturmilliarden, um auf Pump allerlei schöne neue Sachen und modernere Technik für Bundesministerien anzuschaffen.



Bild: pixelio

Zehn Milliarden Euro sind als Finanzhilfen für Investitionen der Kommunen und Länder vorgesehen. Die bisherigen Projektlisten verheißen wenig Gutes: Meist sollen mit den Schuldenmilliarden unnötige Wunschprojekte, fragwürdige Spielereien und neue Stellen finanziert werden. Unspektakuläres, aber dringend Notwendiges, wie z.B. Schulsanierungen, bleibt dagegen liegen.

Unverantwortliche Schuldenmacherei und die absehbare Verschwendung von Konjunkturmitteln bedeutet vor allem eines: Kinder haften für ihre Eltern. Was mit den gepumpten Milliarden gemacht wird, muß genau kontrolliert werden. Ein „Konjunkturpaket 3“ darf es nicht geben.

Hysterisches Basteln am Waffenrecht

Es war zu erwarten: Nach Winnenden und vor dem Wahlkampf plant die Bundesregierung wieder mal aktionistische Verschärfungen des Waffenrechts. Statt nach den Ursachen für zerstörerische Amokläufe zu forschen, schikaniert man Jäger und Sportschützen.



Das Waffenrecht wurde 2003 grundlegend novelliert und zum 1. April 2008 weiter verschärft. Der Amoklauf von Winnenden oder Familienmorde wie in Eislingen hätten auch bei weiterer Verschärfung nicht verhindert werden können. Sinnvoller wäre die konsequente Umsetzung der bereits bestehenden Vorschriften. Die jetzt schon vorgeschriebenen Kontrollen unterbleiben häufig aus Personalmangel in den Kommunen.

Die jetzt erhobene Forderung etwa nach zentraler Lagerung von Waffen und Munition schafft zusätzlichen Sicherheitsbedarf, der erst recht nicht zu leisten wäre. **Sinnvoll wäre lediglich der beschleunigte Aufbau eines zentralen Waffenregisters.**

Keine Antwort geben die Altparteien darauf, wie sie den ille-

galen Waffenbesitz in den Griff bekommen wollen. In einem grenzenlosen Europa und in einer globalisierten Welt werden auch Waffen global verschoben. Von illegalen Waffen geht in Deutschland heute schon eine größere Gefahr aus als vom legalen Waffenbesitz.

Und auch die Gewaltverherrlichung in Medien und virtuellen Angeboten trägt weit mehr zur Destabilisierung unserer Gesellschaft bei als der Waffenbesitz von Jägern und Sportschützen.

Die Bundesregierung wäre daher gut beraten, statt einer Verschärfung des Waffenrechts nach den Ursachen für die Welle von Gewalttaten zu forschen. Denkbar wäre vor allem, einmal darüber nachzudenken, inwieweit man durch falsche Politik selbst dazu beiträgt.

Ex-Verfassungsrichter entschuldigt „Ehrenmorde“

Ein besonders krasses Beispiel für integrationspolitische Geistesverwirrung lieferte jüngst der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts Winfried Hassemer.

Sogenannte „Ehrenmorde“, also brutale Hinrichtungen weiblicher Mitglieder muslimischer Familien durch

ihre männlichen Verwandten wegen deren angeblich gekränkter „Ehre“, dürften nicht automatisch als Mord aus niederen Beweggründen gewertet werden.

Es könne ja sein, daß der Täter „in anderen sozialen Mustern“ lebte und folglich gar nicht wissen konnte, daß er seine Frau oder Schwester oder Tochter nicht einfach abschlachten darf, weil sie nicht nach seinen

archaischen Vorstellungen leben will. Wenn ihm das Unrechtsbewußtsein fehle, begehe er womöglich einen „Verbotsirrtum“ und handele schuldlos oder seine Strafe müsse gemildert werden.

„In Deutschland leben viele Menschen, die unter ganz anderen Normen aufgewachsen sind und die sich anderen Normen als unseren westlichen verpflichtet fühlen“ – soweit hat

Hassemer recht. Es sei „modern und menschenfreundlich“, auf den Zustand des „normativen Bewußtseins“ des Täters Rücksicht zu nehmen und „das entschuldigende Element zu stärken“. Da irrt der Ex-Verfassungsrichter: Menschenfreundlich ist, unsere rechtsstaatlichen Normen im Interesse aller durchzusetzen und ihre Beachtung von jedem zu verlangen, der hier lebt.

KOMMENTAR ...

Frechheit siegt

Berlins kommunistische Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner macht die Hauptstadt mal wieder zur Lachnummer.



Statt als „Touristen“ eingereiste rumänische Zigeuner vom Volk der Roma, die sich illegal in Berlin niedergelassen haben, nach Hause zu schicken, gibt sie den dreisten Erpressungen willig nach.

Die Zigeuner, die sich mit der Belästigung Einheimischer durch Bettel und unerwünschtes Autoscheibenputzen über Wasser halten, hatten zuerst in einem Park campiert, dann eine Kirche besetzt.

Knake-Werner, allzeit dialogbereit, spendierte zunächst eine feste Unterkunft, dann auch noch kostenlose „Rechtsberatung“. Das sprach sich herum, die Roma wurden täglich mehr.

Der Gipfel des Absurden: Der Berliner Senat zahlte für jeden Erwachsenen 250 Euro, für jedes Kind 150 Euro, insgesamt fast 30.000 Euro; die Empfänger mußten dafür unterschreiben, das Geld zurückzuzahlen, wenn sie nicht nach Hause gehen. **Wahrscheinlicher ist, daß sie erst mal ihren Verwandten erzählen, wie leicht man in Berlin Taschengeld kriegt.**

Irrsinn? Die kommunistische Senatorin nimmt nur vorweg, was uns sämtliche Altparteien gemeinsam für die nächsten Jahre eingebrockt haben.

Wenn Rumänien demnächst den anderen EU-Ländern rechtlich völlig gleichgestellt ist, können sich die dortigen Roma nämlich ohne jede Einschränkung in Deutschland niederlassen, Arbeit suchen oder eben Sozialhilfe kassieren.

Deshalb: Raus aus dieser EU, bevor es zu spät ist.

SATIRE

Michel meint...



Es gibt sie nicht, die heile Welt,
sie gleicht mehr einem Zirkuszelt,
in dem die Narren sich ergötzen,
die Zucht und Ordnung gar nicht schätzen.
So ist es folglich auch kein Wunder,
gibt's regelmäßig kräftig Zunder.

Der kleine Mann ist stets betroffen.
Er duckt sich ab und kann nur hoffen,
daß er die Krise übersteht
und daß der Krug vorübergeht,
in dem der Trunk herumgereicht,
der dem Geschmack von Galle gleicht.
Doch hie und da, dies sei bemerkt,
wird man auch positiv bestärkt,
auf daß man nicht noch ganz verzagt
und nicht bloß jammert, schimpft und klagt.

Man spricht von Not in andern Ländern,
und meint, man müsse vieles ändern.
Dabei vermißt man das Gespür,
für Armut vor der eig'nen Tür.
Man nimmt es wahr und ist entsetzt,
das eig'ne Leid kommt wohl zuletzt.

Was immer auch der Grund wohl sei,
man hört sie stets, die Litanei,
wir hätten schwere Schuld zu tragen,
als Erblast wohl aus früh'ren Tagen.

Hier ist der Deutsche wirklich Spitze,
er haut sich selbst stets auf die Mütze,
und wundert sich ganz nebenbei,
daß er ein übler Bursche sei.
Er reißt sich förmlich um die Schande,
und feiert dies im ganzen Lande.

Doch seltsam ist dies zweifellos,
ist die Pein auch noch so groß,
die Fremden kommen zu uns Bösen,
als sei de facto nichts gewesen.
Womöglich denken sie daran,
daß man es auch beweisen kann,
was sie so alles ausgefressen,
dies sollte man jedoch vergessen.
Es lange doch, wenn einer büßt,
der anderen die Zeit versüßt,
und das womöglich ohne Frage,
bis zum Schluß am jüngsten Tage!

Liebesgrüße aus Guantánamo

Obamania war gestern. Auch mit dem neuen Präsidenten hat sich nicht viel geändert im arroganten Umgang der USA mit dem Rest der Welt.

Ein Beleg: Das dreiste Ansinnen, Deutschland solle Ex-Häftlinge aus Guantánamo aufnehmen. Bei den uigurischen Extremisten konnte sich Berlin noch drücken. Schließlich zahlte Washington dem Inselstaat Palau 200 Millionen Dollar für die Aufnahme. Warum wohl, wenn die Leute „harmlos“ sind?

Kaum ausgesessen, kam die nächste Zumutung. Deutschland soll zwei Problemfälle aufnehmen, die der deutschen Polizei offenbar schon bestens bekannt sind: Ein Syrer, der mit einem Top-Terroristen in einem Märtyrer-Video auftrat, und ein tunesischer Drogendealer.

Kanzlerin Merkel und Innenminister Schäuble sollten nicht länger mit „sorgfältigen Prüfungen“ lavieren, sondern ein für allemal klarstellen: Deutschland ist keine Kolonie, der die vermeintlichen Herren der Welt ihre Altlasten aufdrücken können. Guantánamo ist ein amerikanisches Problem und muß auch von Amerika gelöst werden.

Absender nicht vergessen!

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

Ich wünsche weitere Informationen.

Ich möchte Mitglied werden.

Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Islamkritiker auf Erfolgswelle

In mehreren europäischen Ländern haben Parteien und Bewegungen, die sich der Islamisierung Europas widersetzen, bei der Europawahl gut abgeschnitten.

Am erfolgreichsten war die niederländische Freiheitspartei (PVV) des niederländischen Islam-Kritikers Geert Wilders. Die PVV trat erstmals an und wurde mit 17 Prozent zweitstärkste Kraft und wird künftig vier der 25 niederländischen Abgeordneten entsenden.

Auch die österreichischen Freiheitlichen konnten mit einem dezidiert islamkritischen Wahlkampf („Abendland in Christenhand“) ihren Stimmenanteil auf 13 Prozent verdoppeln. Die FPÖ hat künftig zwei Sitze im EU-Parlament.

Die flämische Nationalpartei Vlaams Belang verlor zwar rund vier Prozentpunkte und verlor mit 10,3 Prozent einen ihrer drei Sitze. Allerdings gelang der islamkritischen Liste Dedecker mit knapp

fünf Prozent und einem Abgeordneten der Einzug ins EU-Parlament.

„Spiegel“-Kolumnist Henryk Broder, der Wilders ausdrücklich gegen die Diffamierung als „rechts-extrem“ in den deutschen Medien in Schutz nahm, sieht im EU-Wahlausgang keinen „Rechtsruck“, sondern eine „Rückkehr zur Realität“. Wer Themen aufgreife, um die andere Parteien einen Bogen machten, werde belohnt, schrieb Broder.

Ausdrücklich nennt Broder „die Folgen der Immigration, den Verlust der kulturellen Identität, den viele ‚Bürger ohne Migrationshintergrund‘ spüren, die keine Lust haben, deswegen zu Fremdenhassern, Rechtsextremen oder Rechtsradikalen abgestempelt zu werden. Diese Unterlassung kommt ‚Populisten‘



Geert Wilders

wie Geert Wilders zugute, die sich nicht scheuen, politisch unkorrekte Themen anzupacken und Antworten auf Fragen zu geben, die sonst niemand stellen will.“

Es wird Zeit, daß diese „Rückkehr zur Realität“ nach mehr als 60 Jahren nach dem Krieg endlich auch in Deutschland stattfindet.



Ob der Mord im ausdrücklichen Auftrag geschah oder nicht – daß Kurras, der zahlreiche Regimegegner an die SED verraten hatte, in West-Berlin Unruhe stiftete – war mit Sicherheit erwünscht. Der lange Arm der Stasi reichte weit nach Westen.

Auch bei der Propagierung des „Antifaschismus“ hatten die Stasi und andere Ostblock-Geheimdienste die Finger tief mit drin. Angefangen mit den inszenierten Kölner Hakenkreuzschmierereien Ende der Fünfziger über die Kampagne gegen den Vertriebenenminister Oberländer bis zur angeblichen

Der lange Arm der Stasi

„Alles vom Osten gesteuert“? „Ekel Alfred“ Tetzlaff hatte scheinbar doch öfter recht, als der Fernsehzuschauer in den Siebzigern dachte.

Selbst Karl-Heinz Kurras, der am 2. Juni 1967 den Studenten Benno Ohnesorg erschoss und damit das Startsignal zur Radikalisierung der 68er und zur Gründung der RAF-Terrorgruppen gab, war ein eifriger Mitarbeiter der „DDR“-Staatssicherheit.

„Enttarnung“ des späteren Bundespräsidenten Heinrich Lübke als „KZ-Baumeister“ mit von der Stasi gefälschten Beweisen.

Daß Willy Brandt 1972 Kanzler blieb, verdankte er der Bestechung von Unions-Abgeordneten durch die Stasi, die dann beim Mißtrauensvotum umfielen. Und nicht nur die DKP und andere extremistische Hochschulgruppen, auch große Teile der sogenannten „Friedensbewegung“ hingen am Tropf der Überweisungen aus Ost-Berlin.

Man weiß das alles, und trotzdem bleibt das Thema unter der

Decke wie die gestohlenen SED-Milliarden der „Linken“. Marianne Birthler bedauert heute, daß die SED (= PDS = „Linke“) nicht gleich verboten wurde. Aber das ließe sich ja nachholen.

Oder wurde die verbrecherische „DDR“-Staatspartei mit Samthandschuhen angefaßt, weil zu viele im Westen erpreßbar sind? Es wird höchste Zeit, die Stasi-Verstrickungen von Politik, Medien und öffentlichen Funktionsträgern der „alten“ Bundesrepublik umfassend und schonungslos aufzuklären.

Unzufrieden mit der Politik in Deutschland?

**RICHTIGE
EHRliche
POLITIK**

Sie wollen etwas ändern? Dann tun Sie's mit uns:

Was wir dazu dringend benötigen und worum wir Sie ganz herzlich bitten, ist die größtmögliche Finanzhilfe zur Förderung unserer Wahlanstrengungen. Nur mit Ihrer Hilfe können wir uns gegen die Übermacht der linken Parteien- und Medienmacht durchsetzen. (Spenden sind steuerlich absetzbar!)

Wenn Deutschland noch eine rechtskonservative Zukunft haben soll, dann gibt es nur eine Alternative:

DIE REPUBLIKANER REP

Spendenkonto Nr. 387 450 460, Postbank Dortmund (BLZ 440 100 46)

Nur bei Angabe der vollständigen Anschrift, kann eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden.

Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!

Einfach ausschneiden, ausfüllen, einkuvertieren und absenden an folgende Adresse:

**Die Republikaner, Bundesverband
Postfach 52 01 29, 48087 Münster**

Impressum

DIE REPUBLIKANER, Bundesverband
Postfach 87 02 10, 13162 Berlin
Telefon (0 18 05) 737-000 (14 ct./min.)
Fax (0 18 05) 737-111 (14 ct./min.)
E-Mail: info@rep.de, Internet: www.rep.de
V.i.S.d.P.: U. Winkelsett